

Zweifel an Abiturprogramm

Schülersprecher kritisieren Änderung bei Gesellschaftswissenschaften

WÜRZBURG (Eigener Bericht) - Bedenken gegen die Einführung von Skiferien in Bayern haben die Bezirksschülersprecher der bayerischen Gymnasien auf ihrer Mitgliederversammlung in Würzburg geäußert. Es sei nicht sinnvoll, meinten sie, die Unterrichtszeit bereits drei bis vier Wochen nach den Weihnächtsferien erneut zu unterbrechen. Außerdem müßten die Skiferien durch Kürzung der Weihnachts- oder Pfingstferien erkauft werden. Die acht Bezirksschülersprecher und ihre Stellvertreter, die in der Landesschülervertretung e. V. zusammengefaßt sind, vertreten die Anliegen ihrer Klassenkameraden in den jeweiligen Regierungsbezirken (Oberbayern hat zwei Bezirksschülersprecher). Auf einer Pressekonferenz unter Vorsitz von Elke Winter (Nürnberg), Bezirksschülersprecherin für die Gymnasien in Mittelfranken, wurde Kritik an der Neuregelung der Abiturprüfung bei den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern (Geschichte, Wirtschaft, Sozialkunde, Recht) geübt. Das Kultusministerium hat für den Abiturjahrgang 1988 für diese Fächer nur vier Prüfungsaufgaben zugelassen. Bisher wurden vom Ministerium sechs Aufgaben gestellt, von denen Lehrer und Schüler zwei „abwählen“ könnten. Das waren stets solche, die im Unterricht nicht besonders intensiv behandelt worden waren, da der Lehrstoff wegen seiner Fülle dies nicht zuließ.

Bei den jetzigen vier Aufgaben entfällt eine solche Vorauswahl des Lehrstoffs, mit der Folge, daß das Setzen von Schwerpunkten im Unterricht für die künftigen Kollegiaten unmöglich gemacht werde, meinten die Schülersprecher. Außerdem entstünden auch unbillige Härten für die Schüler der zwölften und 13. Klassen, da deren bisheriger Unterricht noch nicht auf diese neue Regelung ausgerichtet gewesen sei.

Gegen diese Neuerung haben sich, wie in Würzburg zu hören war, auch der Bayerische Philologenverband, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Landeselternvereinigung ausgesprochen. Um die Richtlinien zu Fall zu bringen, wollen die Bezirksschülersprecher im Februar an allen Gymnasien in Bayern eine Unterschriftenaktion starten.

Kultusministerium: Sorgen unbegründet

Das Kultusministerium stellt dazu fest, die von den Bezirksschülersprechern kritisierte Reduzierung der Zahl der Abituraufgaben in bestimmten Fächern solle einer stofflichen Überforderung der Abiturienten entgegenwirken. Je mehr

Aufgaben zu einem Kurshalbjahr gestellt worden seien, um so enger hätten diese Aufgaben thematisch eingegrenzt werden müssen, um Überschneidungen zu vermeiden. Gerade solch eng umgrenzte Aufgaben fordert aber Spezialwissen und eine entsprechend umfangreiche, an Einzelheiten ausgerichtete Vorbereitung. Die Neuregelung dagegen werde stärker das Wissen um übergreifende Zusammenhänge fördern. Auch stelle die Beseitigung der Doppelauswahlmöglichkeit durch Lehrer und Schüler die Chancengleichheit mit anderen Fächern her, in denen es schon bislang nur eine Auswahlmöglichkeit gebe. Eine entsprechende Umstellung im Fach Deutsch zum Abitur 1988 habe keine schlechteren Noten gebracht. Die Sorge der Schülersprecher sei also unbegründet.

Die Bezirksschülersprecher lehnen die Vorstellungen der Jungen Union in Bayern, eine „Altersgrenze für Gymnasialisten“ (21 Jahre) einzuführen, strikt ab. Überschreitungen seien ohnehin selten, so daß es keiner besonderen Regelung bedürfe, betonte Elke Winter. Im übrigen gebe es auch Bestimmungen in der Schulordnung, die in besonderen Fällen eine Ausnahme ermöglichen.

Wilhelm Hülpert

SZ, 19.01.88